



Ausländische Firmen sind besonders willkommen

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen Urs Stuber leitet seit Anfang 2001 die Wirtschaftsförderung im Kanton Solothurn. Im Interview nimmt der 55-Jährige Stellung zum gegenseitigen Abwerben von Unternehmen, zum Fall Galmiz und zur Wirtschaftsentwicklung in ländlichen Gebieten.

Text **Boris Bögli** Fotos **Simone Gloor**

der arbeitsmarkt: Herr Stuber, wann hat sich letztmals ein Unternehmen dank Ihrer Arbeit im Kanton Solothurn niedergelassen?

Urs Stuber: Die Post steht unmittelbar vor dem definitiven Standortentscheid für ihr Briefverteilzentrum «Mitte» in Härkingen, was rund 500 Arbeitsplätze und Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe schafft. Letztes Jahr haben als herausragendste Beispiele der deutsche Sportartikelhersteller Puma sowie die Metallbaufirma kehrer stebler ag und stebler glashaus ag beschlossen, ihre Geschäftsaktivitäten in Oensingen anzusiedeln.

Wie sieht Ihre Arbeit bei einem Ansiedlungsprojekt konkret aus?

U. S.: Dieser Prozess läuft ganz unterschiedlich ab. Der erste Kontakt entsteht über einen Brief, ein Telefonat,

an einem Anlass – gerade das Networking wird immer wichtiger. An einem anschliessenden Treffen gleisen wir das Projekt auf. Manchmal hat sich ein Investor bereits entschieden, in den Kanton Solothurn zu kommen, sucht aber noch ein Gebäude oder will wissen, ob wir Finanzierungsbeihilfen oder Steuervorteile anbieten können. Nach drei Wochen ist alles geregelt. Andere Projekte sind komplex und können Jahre dauern. Beim Briefverteilzentrum gibt es lange und intensive Gespräche mit Post, SBB, Raumplanern, Gemeinden und vielen anderen Beteiligten.

Wozu braucht es überhaupt eine Stelle für Wirtschaftsförderung?

U. S.: Der gesetzliche Auftrag der Wirtschaftsförderung ist vielfältig. Wir beteiligen uns an der Debatte, wie die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft optimiert werden können, wir betreiben internationales Standort-

marketing, nehmen Ombudsfunktionen wahr und fördern vereinzelt konkret Betriebe. Sowohl die Behörden auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene als auch die Unternehmen wollen eine zentrale Ansprechstelle des Kantons. Wir koordinieren für den Unternehmer die Kontakte etwa zu den Raumplanern, zum Amt für Umwelt oder zum Baudepartement. Weltweit herrscht ein harter Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte. Hätte Solothurn keine Wirtschaftsförderung, würden wir dieses Spielfeld kampflös den anderen Kantonen und Ländern überlassen.

Sie sehen sich als Konkurrenten der anderen Wirtschaftsförderer?

U. S.: Eines unserer Ziele ist, dass Firmen und Arbeitsplätze in den Kanton kommen und die Volkswirtschaft

stärken. Wir stehen somit immer im Wettbewerb mit anderen Kantonen und Ländern. Ich erlebe dies oft im Gespräch mit potenziellen Investoren. Sie sagen beispielsweise: «Der Kanton X hat uns eine zehnjährige Steuerbefreiung zugesagt. Was bieten Sie an?» Umgekehrt arbeiten wir auch mit den anderen Kantonen zusammen und tauschen Informationen aus. Ich rufe dann etwa meinen Kollegen in X an und frage, ob denn die Behauptung des Unternehmers zutreffe.

Da wird doch aus verhandlungstaktischen Gründen geschummelt.

U. S.: Natürlich verraten wir nicht alles. Aber ich versuche, objektiv und fair zu sein. Es existiert ein Gentlemen's Agreement unter den Wirtschaftsförderern, wonach wir nicht aktiv Firmen abwerben. Aber wenn uns ein Unternehmen bei seiner Evaluation von neuen Standorten anfragt, dann legen wir auch eine Offerte vor. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass der Zuzug einer Firma aus einem anderen Kanton zwar unser Image stärkt, gesamtschweizerisch gesehen aber keine neuen Arbeitsplätze schafft. Ich bin daher der Ansicht, dass wir uns stärker darauf konzentrieren sollten, ausländische Firmen anzusiedeln.

Die mögliche Ansiedlung des US-Biotechkonzerns Amgen im freiburgischen Galmiz oder in Yverdon macht seit einiger Zeit Schlagzeilen. Sollte hier der Bund eine stärkere Koordination übernehmen?

U. S.: Am Fall Galmiz lässt sich die Problematik gut verdeutlichen. Es handelt sich hier um ein Grossprojekt mit einem enormen Landbedarf und mit angestrebten 1200 Arbeitsplätzen. Ein Projekt dieser Dimension ist meiner Meinung nach Chefsache und sollte auf nationaler Ebene behandelt werden. Kantone, die eine solche Ansiedlung anstreben, sollten in Koordination mit Bund und Nachbarkantonen rechtzeitig einen Standort auswählen und vorbereiten. Nur so kann ein solcher Standort bei einer Anfrage sofort verfügbar gemacht werden – ein zusätzlicher Trumpf im schnelllebigen Standortwettbewerb!

Die Leute werden mobiler, die Verkehrsnetze besser, immer mehr Menschen pendeln nach Zürich, Basel oder Bern. Wird Solothurn zum Schlafkanton für Leute, die in den grösseren Städten arbeiten?

U. S.: Das glaube ich nicht. Mehrheitlich möchten die Schweizerinnen und Schweizer dort arbeiten, wo sie wohnen. Die Frage ist: Gibt es in der Nähe des Wohnortes attraktive Arbeitsplätze? Einzelne Branchen wie das Bankenwesen oder gewisse Dienstleistungen konzentrieren sich vielleicht auf die Grossagglomerationen. Doch unsere Lage und die gute verkehrstechnische Erschliessung sind kein Standortnachteil, sondern ganz klar ein Vorteil.

Welche gibt es noch?

U. S.: Wir haben eine kurze Reaktionszeit. Nehmen wir das Beispiel der Schwesterfirmen kehrer stebler ag und stebler glashaus ag, die offenbar vergeblich ein Grundstück in einem anderen Kanton suchten. Also kontaktierten sie mich. Drei Tage später hatten sie drei Offerten auf dem Tisch; am vierten Tag entschieden sie, nach Solothurn zu kommen. Solche Abläufe machen den Unternehmen Eindruck.

Strassen und Schulen

Spezialisierung Der Berner Jura ist eine wirtschaftliche und politische Randregion. Trotzdem hat auch er einige Standortvorteile zu bieten, findet der kantonale Wirtschaftsförderer Jean-Philippe Devaux.

Wer will schon in Moutier investieren? Oder gar in St-Imier, in Tramelan? Der Berner Jura liegt – zumindest nach helvetischen Gewohnheiten – nicht nur einen Katzensprung vom Zürcher Paradeplatz oder dem Flughafen Genf-Cointrin entfernt. Die ungenügende verkehrstechnische Erschliessung ist nach Ansicht von Jean-Philippe Devaux denn auch einer der grössten Nachteile des Wirtschaftsstandorts Berner Jura – oder Südjura, wie die Separatisten zu sagen pflegen. «Richtung Deutschschweiz hat sich die Situation seit der Fertigstellung der A5 Biel–Solothurn vor zwei Jahren verbessert», lobt Devaux. Doch 70 Prozent der auswärtigen Arbeitnehmer im Berner Jura reisen aus der Westschweiz an. Und in diese Richtung fehlen laut Devaux zwei wichtige Strassenabschnitte: die Umfahrung der Stadt Biel sowie ein Ausbau des Anschlusses Convers an der Strecke Neuenburg–La Chaux-de-Fonds.

«Strassen und Schulen sind für eine Wirtschaftsregion das Wichtigste», sagt Devaux. Über das Bildungsangebot kann er sich nicht beklagen: «Wir haben eine Ingenieurschule in St-Imier und eine zweisprachige Ingenieurschule in Biel.» Diese industrielle Ausrichtung ist kein Zufall. Wie der gesamte Jura-

bogen war der Berner Jura jahrzehntelang auf Gedeih und letztlich Verderb auf die Uhrenindustrie angewiesen. Doch auch die Uhrenkrise in den Siebzigerjahren des letzten Jahrhunderts konnte das Know-how der Leute nicht auslöschen. Dies kommt der Region heute zugute. Die Mikrotechnik ist weiterhin ihre Spezialität. Im Unterschied zu früher verkauft sie nur noch 25 bis 30 Prozent ihrer Produktion an die Uhrenbranche. Der Rest verteilt sich auf die boomende Medizinaltechnik, die Elektronik und die Autoindustrie.

«Uns wurde gesagt: «Ihr müsst diversifizieren, weg von der Industrie.» Ich sehe dies anders», sagt Devaux. Die Dienstleistungen konzentrierten sich auf die Agglomerationen und eine touristische Hochburg werde der Berner Jura – trotz des rauen landschaftlichen Charmes – wohl nie. Der Industrie kann die Region hingegen einige Vorteile bieten: Qualifizierte Fachkräfte sind auf dem Arbeitsmarkt vorhanden, das Bauland ist günstig. Die Löhne können bis zu 15 Prozent geringer sein als in den Grossagglomerationen – weil auch die Lebenshaltungskosten tiefer sind. 4-Zimmer-Wohnungen für 600 Franken sind keine Seltenheit, die Stange Bier ist vielerorts für unter drei Franken zu haben. *Boris Bögli*



Die zentrale Lage des Kantons und die Verkehrswege bedeuten auch Nähe zu den Bildungsstätten. Praktisch jede Universität und Fachhochschule ist binnen einer Stunde erreichbar. Wichtig für die Unternehmen ist auch, dass gut qualifizierte und motivierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Dies ist in Solothurn der Fall. Wir glauben auch, eine sehr hohe Lebensqualität vorweisen zu können: Es gibt nahe Erholungsgebiete, den Jura, ein Angebot von Freizeitaktivitäten sowie ein reiches kulturelles Angebot mit Anlässen wie dem Classic Open Air, den Film- und Literaturtagen. Schliesslich möchte ich das vernünftige Steuerklima für juristische Personen erwähnen.

Was verstehen Sie darunter?

U. S.: Der Kanton Solothurn liegt diesbezüglich im guten schweizerischen Durchschnitt. Kürzlich haben wir auf einer «Tour des régions» mit Unternehmern gesprochen, um zu erkunden, wo der Schuh drückt. Wir haben gesehen, dass dabei die Steuern oft eine sekundäre Rolle spielen. Eine der besuchten Firmen hätte zum Beispiel lieber vorteilhaftere Tarife bei Strom, Wasser und Abwasser.

Wie sieht es mit den Steuern für natürliche Personen aus?

U. S.: Hier haben wir tatsächlich noch Verbesserungspotenzial. Wir haben eine starke Progression, was Personen mit hohem Einkommen davon abhält, Wohnsitz im Kanton Solothurn zu nehmen. Ich kenne jemanden, der täglich von Wollerau im steuergünstigen Kanton Schwyz ins Solothurner Wasseramt zur Arbeit pendelt.

Welchen Einfluss glauben Sie auf die kantonale Wirtschaftspolitik auszuüben?

U. S.: Unsere Aufgabe ist es, die Anliegen der Wirtschaft in Regierung und Parlament einzubringen, beispielsweise auch bei Vernehmlassungen. Wir zeigen auf,

warum sich ein Unternehmen im Kanton Solothurn niederlässt oder warum nicht. Ich denke, unsere Argumente haben einen recht hohen Stellenwert. Aber wir machen nicht Politik! Wir liefern lediglich die Entscheidungsgrundlagen. Andere Stellen der Verwaltung, zum Beispiel das Amt für Umwelt, bringen ebenfalls ihre Argumente ein.

Angesichts der Wirtschaftslage haben Sie wohl die besseren Karten.

U. S.: Das mag sein. Ich schliesse nicht aus, dass je nach wirtschaftlicher Situation über das eine oder andere Projekt anders entschieden würde.

Stellenabbau bei Von Roll, Bally, Attisholz – noch vor wenigen Jahren galt Solothurn als wirtschaftliches Sorgenkind. Ist der Strukturwandel vollzogen?

U. S.: Viele traditionelle Solothurner Firmen waren auf den Strukturwandel, der bereits mit der Uhrenkrise in den Siebzigerjahren des letzten Jahrhunderts begann, nicht vorbereitet. Sie mussten dies mit den entsprechenden Abbaumassnahmen büssen. Heute sind wir auf gutem Weg. Noch sind nicht alle verloren gegangenen Arbeitsplätze kompensiert. Aber wir haben jetzt eine breit diversifizierte Struktur mit vielen innovativen KMU, die – besonders im Bereich Life Science – Wachstumsraten bis zu 20 Prozent vorweisen. Ganz abgeschlossen ist der Strukturwandel nicht und wir werden wohl noch die eine oder andere schmerzhaft Massnahme erleben.

Fühlen Sie sich in solchen Situationen nicht hilflos?

U. S.: Es ist natürlich, dass man eine gewisse Ohnmacht verspürt. Andererseits muss man akzeptieren, dass unternehmerische Entscheide nicht in erster Linie von einer kantonalen Wirtschaftsförderung abhängen. Schon gar nicht, wenn die Unternehmensleitung anderswo sitzt. Nehmen wir an, ein amerikanisches Mutterhaus beschliesst, sein defizitäres Werk an einem Ort bei uns

zu schliessen. Da haben wir vielleicht die Möglichkeit, mit der lokalen Betriebsleitung zu besprechen, ob ein Management-Buyout möglich ist oder ob ein profitabler Teilbereich ausgelagert werden kann. So können wir beispielsweise 20 von 50 Arbeitsplätzen retten. Auf den Schliessungsentscheid haben wir aber meist kaum Einfluss.

Ein ländlich geprägtes Gebiet im Kanton Solothurn ist das nach Basel orientierte Schwarzbubenland im nördlichen Kantonsteil. Wie läuft die Wirtschaftsförderung in einer solchen Region ab?

U. S.: Zunächst als Vorbemerkung: Wir zwingen niemandem eine Entwicklung auf. Jede Region muss selbst entscheiden, welchen Weg sie gehen will. Gerade in dieser Hinsicht ist die regionale Wirtschaftsförderung als unser Netzwerkpartner von grosser Bedeutung. Sie ist der primäre Ansprechpartner für die Wirtschaft in der Region und entfaltet eigene Aktivitäten. Wir können sie dabei ideell und materiell unterstützen.

Und das Schwarzbubenland hat sich entschieden?

U. S.: Ja, und zwar für eine Mischform. Es versucht einerseits, mit seinen Trümpfen Lebensqualität, Wohn- und Freizeitregion Gutverdienende aus der Region Basel anzulocken. Andererseits wird eine weiterhin eigenständige wirtschaftliche Entwicklung angestrebt. Ich finde diese Strategie gut.

Könnten Sie konkreter werden?

U. S.: In den grösseren Orten Dornach, Breitenbach und neuerdings Witterswil gibt es durchaus Potenzial für industrielle und gewerbliche Unternehmen sowie Dienstleister. Traditionelle Firmen wie die Isola-Werke in Breitenbach oder die Metallwerke Dornach werden auf absehbare Zukunft hier bleiben und sich weiterentwickeln. In Witterswil haben wir ein Technologiezentrum für Life-Science-Betriebe (Biotechnologie, Medizinaltechnik, Pharmakologie) geschaffen. Hier sehe ich ein grosses Potenzial. Wir haben auch erwirkt, dass

mehrere Standorte und Projekte in der Region durch Förderprogramme des Bundes unterstützt wurden.

Wie sieht Ihre Arbeit für das Schwarzbubenland aus?

U. S.: Angenommen, ein Investor kommt auf der Standortsuche im Raum Basel zu uns. Je nach Bedeutung des Vorhabens übernehmen wir selbst die Verhandlungsführung oder geben das Dossier an den regionalen Wirtschaftsförderer weiter. Dieser kann aber keine Zusagen für Unterstützungen oder Steuererleichterungen abgeben. Er erarbeitet deshalb mit dem Investor ein Projekt und reicht es bei uns zur Beurteilung ein. Natürlich reise ich auch ab und zu selbst ins Schwarzbubenland, um mit dem Wirtschaftsförderer, den Unternehmern oder Gemeindepräsidenten vor Ort zu sprechen.

Welche staatlichen Leistungen sind in einer ländlichen Region aus Sicht der Wirtschaft und der Wirtschaftsförderung unabdingbar?

U. S.: Zentral sind sicherlich die allgemeine Erschliessung mit Strom, Telekommunikation und vor allem die Verkehrsinfrastruktur. Die Unternehmer wollen die Nähe zur Autobahn, allenfalls zu einem Bahnanschluss. Hier gibt es im Schwarzbubenland noch einiges zu tun. Die teils mangelhafte Verkehrserschliessung ist für gewisse Ortschaften ein klarer Standortnachteil. Die Anforderungen der Unternehmen sind aber jedes Mal anders. Die Frage ist deshalb schwierig zu beantworten.

Wie sieht das Schwarzbubenland im Jahr 2020 aus?

U. S.: Ich hüte mich davor, Prognosen zu machen. Aber wir ordnen dem Schwarzbubenland ein Potenzial im Life-Science-Bereich und als hochwertiges Wohngebiet zu. Die Nähe zu Basel mit seiner Universität, den Fachhochschulen, der Pharma- und der chemischen Industrie zwingt einen fast dazu, in diese Richtung zu gehen. Ich kann mir auch vorstellen, dass der Bereich Tourismus ausgebaut wird. Die heute bereits existierenden Vorteile Lebensqualität, Freizeit, Sport und Kultur werden sicher auch in 15 Jahren Gültigkeit haben. ■■

Was sagen die vier grössten Parteien des Kantons Solothurn ...

... zu den Standortvorteilen?

SP: Flexible Verwaltung; rasche Behandlung von Gesuchen unter den verschiedenen Ämtern; gut ausgebildete Fachkräfte; sehr gute Verkehrsverbindungen (Nationalstrasse, Flughafen Grenchen).

FDP: Optimale geografische Lage; Verkehrsknotenpunkt; günstige Rahmenbedingungen hinsichtlich Immobiliensituation; Lohnniveau; Zugang zu qualifizierten Arbeitskräften; Lebensraum mit hoher Qualität; solider Unternehmensmix mit erfolgreichen Unternehmen.

CVP: Zentrale Verkehrslage; Anbindung an Autobahn und Schienennetz; Verfügbarkeit von günstigen Liegenschaften; wirtschaftsfreundliche Behandlung der Ansiedlungsbegehren; überdurchschnittlich hohe Wettbewerbsfähigkeit; attraktives Naherholungsgebiet; gutes Schulangebot.

SVP: Günstige Verkehrslage; guter Branchenmix; gut ausgebildete Arbeitskräfte.

... zu den Aufgaben des Staates, um Start-ups und Neuansiedlungen zu fördern?

SP: Kanton Solothurn als hervorragenden Standort für innovative Unternehmen besser bekannt machen; Berufsausbildung muss erste Priorität haben.

FDP: Schnelle, einfache und kostengünstige Abläufe bei administrativen Verfahren (etwa Bewilligungen); Reduktion der administrativen und steuerlichen Belastung von Unternehmen (etwa bei Investitionen); aktive Kommunikation der Standortvorteile des Kantons Solothurn.

CVP: Senkung der überdurchschnittlich hohen Steuerbelastung; Förderung zukunftssträchtiger Branchen; Bedeutung der Region als Logistikzentrum festigen; Zusammenarbeit mit Wirtschaftsraum Zürich fortführen; Betreiben einer kantonalen Immobilien-/Liegenschaftsbörse.

SVP: Kurze Bewilligungsverfahren für Bauvorhaben; keine übertriebenen Umweltauflagen; flexible Gestaltungsmöglichkeiten bei den Arbeitszeiten und möglichst wenig Ad-

ministrationsaufgaben für den Staat (neuer Lohnausweis); tiefe Staatsquote als direkte Wirtschaftsförderung.

... zur Arbeit der kantonalen Wirtschaftsförderung in den letzten vier Jahren?

SP: Die Wirtschaftsförderung hat mit ihren beschränkten Mitteln hervorragende Arbeit geleistet.

FDP: Die Wirtschaftsförderung ist sehr aktiv und versucht, neue Wege zu gehen. Es ist aber schwierig, ihre Wirksamkeit zu beurteilen.

CVP: Die Wirtschaftsförderung arbeitet effizient, ist innovativ und schlank organisiert. Ihre Mitarbeiter sind Gesuchstellern gegenüber hilfsbereit, bieten die Dienstleistungen des Kantons optimal an und dienen sehr oft als Türöffner.

SVP: Einige Firmen haben ihren Sitz in den Kanton Solothurn verlegt. Auch die Infrastruktur konnte durch den Ausbau von Strassen verbessert werden. **BB**